Dezernent Wagner verwies auf die inzwischen erfolgten umfangreichen Antworten des Schulamtes vom 04.06.2013 und 17.06.2013 auf entsprechende Anfragen des Vereins. Die nun vorliegende Anregung/Beschwerde beziehe sich zum Teil auf die gleichen Fragestellungen, gehe zum Teil aber auch darüber hinaus. Hierbei seien allerdings auch Fragen enthalten, die nicht in die Zuständigkeit der Kreisverwaltung fallen.

Der Landrat schlug vor, diese Anregung/Beschwerde insoweit für erledigt zu erklären, als sie von der Verwaltung bereits beantwortet worden sei, sowie weitere in die Zuständigkeit der Kreisverwaltung fallende offene Fragen noch zu beantworten. Man könne aber darüber hinaus keine Fragen beantworten, die in die Zuständigkeit anderer Körperschaften und Institutionen fallen. Vielmehr müsse der Verein sich selbst an diese Körperschaften und Institutionen wenden.

Abg. Hartmann verwies auf die Anfragen des Kreistagsabgeordneten Dr. Fleck, die häufig unter Inanspruchnahme umfangreicher Verwaltungsressourcen lang beantwortet würden. Dann müsse aber auch hier in solch einem zentralen Anliegen eine umfassende Beantwortung möglich sein.

Der Landrat widersprach dem Abg. Hartmann. So bemühe man sich, dem Informationsanspruch der Bürger zu entsprechen, soweit man hierfür zuständig sei. Auch der Kreistagsabgeordnete Dr. Fleck, der im Rahmen seines Mandats ein demokratisches Recht auf Beantwortung seiner politischen Anfragen unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit habe, erhalte nur Antworten, soweit eine Zuständigkeit des Kreises gegeben sei, und zudem in der gebotenen Kürze.

Abg. Solf unterstrich, dass im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung immer wieder „mit Engelsgeduld“ alle auftretenden Fragen – auch von Bürgern – beantwortet worden seien. Aufkommende Frustrationen hinsichtlich der Beantwortung rührten daher, dass die Verwaltung einzelne Fragen nicht beantworten könne, die in der Zuständigkeit von Bund oder Land lägen. Es stimme ihn traurig, dass hier ein solcher Vorwurf im Raum stünde.